

Endzeitstimmung auf der Großbaustelle Altenpflege

Im November 2022 trafen etwa 350 Teilnehmende beim 27. Bundeskongress für Führungskräfte in der Alten- und Behindertenhilfe in Berlin zusammen. Der Titel „Großbaustelle Pflegeversicherung – Wie geht es weiter mit der Altenhilfe?“ wies schon in eine Richtung, die in der Mehrzahl der Beiträge wesentlich verschärft wurde.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Verbandes der Leitungskräfte der Alten- und Behindertenhilfe (DVLAB), **Peter Dürrmann**, begrüßte die Führungskräfte mit einem Zitat eines Kollegen: „Gefühlt ist Pflegenotstand, seitdem ich vor 20 Jahren in der Branche begann. Warum sollte jetzt nach Überstehen der Pandemie dieser Pflegenotstand plötzlich wahrgenommen werden?“

Das ist aktuell die Lage:

- Bis zum Jahr 2035 werden durch den Renteneintritt von 7,5 bis 8 Millionen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge 3,5 Millionen Erwerbstätige im Vergleich zu heute fehlen.
- Die Anzahl an Pflegebedürftigen wird durch die weiter steigende Lebenserwartung von heute vier Millionen auf 4,6 Millionen im Jahr 2030 und 5,2 Millionen im Jahr 2040 steigen.
- Die generalistische Ausbildung wird wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten in den Krankenhäusern den Berufsnachwuchs in der Pflege weiter reduzieren.
- Es werden in naher Zukunft 350.000 Mitarbeiter:innen in der Fachpflege weniger zur Verfügung stehen.
- In bundesweit zirka zehn Prozent der stationären Pflegeeinrichtungen sind ganze Wohnbereiche leergezogen, weil die Versorgung personell nicht mehr gewährleistet werden kann. In manchen Regionen liegt der Anteil absichtlich nicht belegter Altenpflegeplätze zwischen 15 und 20 Prozent.

- Ambulante Dienste müssen teilweise Anfragen für Pflegeaufträge ablehnen, da sie diese nicht mehr personell umsetzen können. Besonders in ländlichen Regionen ist die ambulante Versorgung schon heute nicht mehr gesichert.

Die angespannten Arbeitsbedingungen durch die Pandemiemaßnahmen und nicht zuletzt die (wieder abgeschaffte) einrichtungsbezogene Impfpflicht haben weitere, teilweise selbst langjährige und motivierte Mitarbeiter:innen der Branche den Rücken kehren lassen. Der Arbeitsalltag wird dominiert von Personalausfällen, Vertretungen und daraus erneut resultierenden Überlastungen der verbliebenen Mitarbeiter:innen

HEIMENTGELTE STEIGEN BETRÄCHTLICH

Eine weitere Großbaustelle sind die sprunghaft steigenden Heimentgelte. Der Anteil der Zahlungen der Pflegeversicherung an den Heimkosten ist gesetzlich begrenzt. Das bedeutet, dass alle Kostensteigerungen von den Bewohner:innen zu zahlen sind. Dies betraf unter anderem in den vergangenen Jahren die Ausbildungsumlage zur Finanzierung der Pflegekraftausbildung in den Häusern. Zum Jahresende 2022 führte das Durchsetzen der Tarifpflicht in der Branche zu Heimkostenerhöhungen von 800 bis 900 Euro pro Monat und Bewohner. Die nächste Erhöhung zum Auffangen der allseitigen Kostensteigerungen ist

für Mitte 2023 in Höhe von 500 bis 600 Euro pro Monat und Bewohner absehbar. „Damit sind wir in der gleichen gesellschaftlichen Lage wie vor Einführung der Pflegeversicherung, dass dann 60 bis 80 Prozent der Pflegeheimbewohner sozialhilfebedürftig sind“, so Peter Dürrmann.

„DAS IST UNWÜRDIG!“

Der Armutsforscher **Prof. Dr. Christoph Butterwege** von der Universität Köln stellte in seinem Vortrag heraus, dass es ein klarer Bruch des Artikel 1 des Grundgesetzes ist, dass Menschen, die unser Land aufgebaut haben, selbst nach 45 Arbeitsjahren nicht in der Lage sind, sich einen Pflegeheimplatz von der eigenen Rente zu leisten. „Das ist unwürdig! Diese würdigen Armen sind nicht für ihre Armut verantwortlich. Nein, ihnen wird der Lohn für ihre Lebensleistung vorenthalten“, so Prof. Butterwege.

Die Altersarmut spitzt sich nach seiner Aussage enorm zu. Denn die Kosten für die Lebenshaltung steigen für Senioren genauso wie die privaten Aufwendungen für die Gesundheit. Er spricht von 1,1 Millionen Menschen über 64 Jahre, die nach dem UN-Maßstab als arm gelten, weil sie über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Netto-Einkommens verfügen. Dieses entspricht in Deutschland 1.148 Euro. Bei aktuell 20 bis 25 Prozent der Beschäftigten im Billiglohnsektor wäre bei Vollzeitbeschäftigung ein Mindestlohn von 12,63 Euro notwendig, um nach 45 Arbeitsjahren nicht mehr auf Grundsicherung angewiesen zu sein.



Foto: AdobeStock

„Die Altenhilfe gehört ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Gesellschaft, da sie über die Humanität unserer Gesellschaft entscheidet,“ so **Prof. Dr. Reimer Groenemeyer**

Im Anschluss stellte **Bernhard Schneider**, der Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung, Vorschläge der Aktion Pro Pflegereform vor. So könne durch einen Sockel-Spitze-Tausch die Pflege zukunftssicher finanziert werden kann. Dabei zahlen die Senioren einen festen begrenzten Betrag und alles darüber hinausgehende würde durch die Pflegeversicherung gezahlt. Gleichzeitig verwies er auf den begonnenen Epochenwechsel in der Altenpflege. Dieser sei davon geprägt, dass die bisherigen Leistungen weder leistbar noch bezahlbar sind. Gleichzeitig gehe traditionell der Heimeinzug für die Menschen oft mit einem weitgehenden Verzicht auf Eigenverantwortung und Selbstgestaltung des Lebens einher. Dem wirkt der Trend zu mehr Pflegewohnungen und anderen Versorgungsformen im Quartier entgegen. Gleichzeitig erteilte Bernhard Schneider dem Überstülpen weiterer Aufgaben auf die Heime, wie die Erhebung der Daten für das Impfregeister, die Meldung und Datenübersendung über Infektionsgeschehen, dem Aufbau von Arzneimittelvorräten durch hygienebeauftragte Fachkräfte und der Koordination der Gabe antiviraler Mittel eine klare Absage. Es gelte, sich pragmatisch auf die Kernaufgabe, die Gestaltung und Versorgung des Lebensabends, zu konzentrieren. Denn wer heute von Pflegenotstand spreche, dem fehle in zehn Jahren das passende Vokabular.

Ähnliches wird aus den Einrichtungen der Eingliederungshilfe berichtet. Denn wie soll ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensbereichen geführt werden können, wenn gesetzliche Betreuer für 60 bis 80 zu Betreuende zuständig sind?

Die geplante Podiumsdiskussion mit Politikern über den Reformstau bei der Pflegeversicherung wurde von allen drei geladenen Vertretern der Bundestagsfraktionen von SPD, FDP und Grünen am Vortrag ersatzlos abgesagt.

RADIKALER NEUANFANG NÖTIG

Prof. Dr. Reimer Groenemeyer aus Gießen gab Anregungen für einen radikalen Neuanfang in der Altenhilfe. Er verwies darauf, dass Wandel stets aus der Hoffnung auf Neues und aus Ängsten besteht. Wenn die Ängste gefühlt größer sind als die Hoffnung, entwickle sich der Wandel zu einer Krise.

Die heutige Pflege sei zugleich ein Kind unserer Wohlstandsgesellschaft, in der es immer um ein Mehr ging. Der Wohlstand ließ Pflege wachsen. Und nun ist die Pflege laut Prof. Groenemeyer in einer Krise, die aus dem ausbleibenden Wachstum resultiert. Parallel dazu verschwänden die Alten in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft, da ihre Erfahrungen nicht bewusst wahrgenommen und genutzt werden.

Am zweiten Kongresstag stellte **Prof. Dr. Heinz Rothgang** von der Universität Bremen den Sachstand zur Umsetzung des

Personalbemessungssystems vor. In seiner vom Bundesministerium beauftragten Studie erarbeitete er einen aktuellen Mangel an 11.0000 Mitarbeitenden in der Pflegebranche. Er verwies darauf, dass die allseits bekannte Fachkraftquote keinerlei sachlich wissenschaftliche Begründung habe. In den breit angelegten Prozessanalysen zeige sich ein effektiver Fachkräftebedarf von 38 Prozent. Somit bietet sich ein enormes Tätigkeitsgebiet für hauswirtschaftliche Mitarbeiterinnen, die hier essenzielle Aufgaben sicherstellen können. Gleichzeitig grassiert der Personalmangel auch im hauswirtschaftlichen Fachbereich in ähnlicher Weise. In allen Einrichtungen müssen die Abläufe neu reflektiert und Zuständigkeiten neu festgelegt werden. Dieses Lernen wird herausfordernd und bisher Gelerntes zu überwinden, ist doppelt herausfordernd. Diese Neugestaltung erfordert eine besonders kompetente Arbeit der Leitungskräfte.

Erfolgreiche Beispiele der Personalbindung stellte **Bernhild Birkenbeil**, Prokuristin der Social-Holding der Stadt Mönchengladbach, vor. Seit 1999 betreibt die Social-Holding ein vielfältiges Gesundheitsmanagement. Schwerpunkte sind die Ernährung, die psychische Gesundheit sowie die Arbeitsgestaltung und -organisation. Gemeinsam mit zahlreichen Netzwerkpartnern werden diverse Maßnahmen geplant, durchgeführt und „abgerechnet“. Eine geringere Fluktuation und weniger Ausfalltage als der Branchendurchschnitt sind trotz eines Durchschnittsalters von 47 Jahren Zeichen für eine erfolgreiche Umsetzung.

Sozialexperte **Prof. Dr. Thomas Klie** aus Freiburg hält es für einen Skandal, wenn aktuell die Mehrzahl an Pflegeleistungen unentgeltlich in den Privathaushalten zu meist von Frauen erbracht werden. Denn Leistungen von Pflegediensten sind oft nicht mehr verfügbar und ins Heim wollen und können die Senioren häufig auch nicht. 80 Prozent der Versorgung Pflegebedürftiger wird zu Hause erbracht. Dafür gilt es, zunehmend Entlastung und Unterstützungsangebote zu schaffen. ◆

Sascha Kühnau